CDU FRAKTION
IM SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN LANDTAG

Nr. 77/05
15. März 2005

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER
Torsten Haase
Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
E-mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: http://www.cdu.ltsh.de

Bildungspolitik

Jost de Jager: Einheitsschule führt zur Konfrontation statt zur Kooperation

„In der Schulpolitik wird es bei der Einführung der Einheitsschule statt der viel beschworenen Kooperation nur Konfrontation geben. Hinter all den Freiwilligkeitsfloskeln der SPD bleibt am Ende nur eine Politik des goldenen Zügels und des Drucks zurück." Dies erklärte der Bildungsexperte der CDU-Landtagsfraktion, Jost de Jager, MdL, heute in einer ersten Stellungnahme zum Bildungsteil des Koalitionsvertrages und der Tolerierungsvereinbarung.

„SPD, Grüne und SSW wollen das Schulsystem Schleswig-Holsteins komplett umbauen und schon in diesem Jahr Einheitsschulen als Regelschulen im Schulgesetz festschreiben. Fakt ist: die ersten Einheitsschulen werden 2006 kommen. Die CDU lehnt die Einheitsschule ab und wird dem Einheitsschulgesetz ein eigenes Konzept entgegenstellen."

Dass die SPD Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Schulträger auf den Weg zur Einheitsschule mitnehmen wollte, sei nur noch ein Märchen aus vergangenen Tagen. Durch veränderte rechtliche Rahmenbedingungen und gezielte Anreize in Form von finanziellen und personellen zusätzlichen Ressourcen würden stattdessen die weiterführenden Schulen des gegliederten Schulwesens von der Verliererkoalition gezwungen, ihre inneren und schließlich auch äußeren Strukturen in Richtung Einheitsschule zu entwickeln. „Eine bessere Lehrerausstattung und mehr Förderstunden wird es auf Kosten der gegliederten Schulen künftig nur noch an Gemeinschaftsschulen geben. Dies ist ein Null-Summen-Spiel, bei dem sich die Landesregierung die Einführung der Einheitsschule durch zusätzliche Ressourcen, Förderstunden und Qualifizierungsmaßnahmen erkauft", stellte de Jager heraus. „In den betroffenen Standorten wird dies zu einem Verteilungskampf führen. Das bedeutet Konfrontation statt Kooperation."

An rund einem Drittel der weiterführenden Schulen sei von Freiwilligkeit überhaupt gar keine Spur mehr. In bestehenden Schulzentren, kombinierten Systemen und benachbarten Schulen werde mit der Einführung der Einheitsschule durch die schulformübergreifende Orientierungsstufe ohne Wenn und Aber verpflichtend ab 2006 begonnen. De Jager verwies auf die Liste von 178 Schulen, die die CDU am 4. Februar 2005 veröffentlicht hatte. „Diese Schulen beginnen als erste mit einer Einheitsschule für alle."

Sehr schnell werde es neben der organisatorischen Vereinheitlichung auch zu einer inhaltlichen Vereinheitlichung kommen, ist sich der CDU-Bildungsexperte sicher. Das Ziel eines schulartunabhängigen Abschlusses am Ende der Sekundarstufe I anstelle des bisherigen Hauptschul- und Realschulabschlusses auch an den Gymnasien zeige dies.

„Insbesondere den Gymnasien will die rot-grüne Koalition an den Kragen. Laut Koalitionsvertrag werden die Oberstufen abgekoppelt und die berufliche und gymnasiale Bildung sollen sich auf dem Weg zum Abitur immer stärker vermischen. Damit verabschieden sich SPD, Grüne und SSW vom Gymnasium und gehen in Richtung einer Sekundarstufe II für alle“, so de Jager.

Zur Einheitsschule gehöre auch der Einheitslehrer. Gehe es nach Rot-Grün plus SSW, so solle die Lehrerausbildung als auch der Lehrereinsatz zukünftig schulartübergreifend stattfinden. Somit würde ein ausgebildeter Hauptschullehrer zukünftig auch Gymnasiasten unterrichten und umgekehrt. Dementsprechend werde die Unterrichtsverpflichtung und der dienstrechtliche Status der Lehrkräfte vereinheitlicht. „Das bedeutet, es wird nur noch einen Lehrertypus geben, den Einheitslehrer.“

Die wirklichen Probleme würden im Koalitionsvertrag hingegen nicht angesprochen. Dazu gehöre vor allem die mangelnde Unterrichtsversorgung. Die Landesregierung sehe sich zwar in der Lage, einen Innovationsfonds für die Einheitsschule bereitzustellen, zum Thema Unterrichtsversorgung mache sie aber nur vage Angaben, was zusätzliche Lehrerstellen und deren Finanzierung betreffe. Vom Wahlversprechen zusätzlicher personelle Mittel für Schulen mit wachsender Schülerschaft sei gar nichts mehr zu lesen.

„Die rot-grün-dänische Regierung führt die Schleswig-Holsteinischen Schulen mit viel Aufwand in Abseits. Statt die tatsächlichen Probleme unserer Schulen zu lösen, beginnen jetzt eine Fehlleitung von Ressourcen und eine Phase vieler kleiner Schulkämpfe vor Ort. Die Schülerinnen und Schüler sind die Verlierer dieses Koalitionspokers“, so de Jager abschließend.